

Diekmann, Achim; Birken-Bertsch, Goetz; Munde, Wolfgang; Lehmann, Friedrich-Karl; van Kann, Hans

Article — Digitized Version

Ist die Talsohle überwunden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Diekmann, Achim; Birken-Bertsch, Goetz; Munde, Wolfgang; Lehmann, Friedrich-Karl; van Kann, Hans (1975) : Ist die Talsohle überwunden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 4, pp. 170-182

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134802>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die Talsohle überwunden?

Die Wirtschaft der Bundesrepublik erlebte in den letzten Monaten auf breiter Front einen Konjunkturabschwung. Nun gibt es erste Anzeichen einer Besserung. Ist die Talsohle überwunden? Wir fragten wichtige Branchen nach ihren Erwartungen.

Achim Diekmann

Automobile: Aufschwung mit Risiken

Der seit eindreiviertel Jahren anhaltende konjunkturelle Abschwung in der Bundesrepublik war von Anfang an durch eine starke Differenzierung der Branchenentwicklung gekennzeichnet. Während sich die Nachfrage nach Stahl und chemischen Erzeugnissen noch bis weit ins abgelaufene Jahr hinein auf einem außerordentlich hohen Niveau bewegte und innerhalb des Investitionsgüterbereichs zumindest in der Anfangsphase der konjunkturellen Ermüdung weder der Maschinenbau noch die Elektroindustrie Anlaß hatten, sich über unzureichende Kapazitätsauslastung zu beklagen, waren die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie schon sehr früh in den Konjunkturschatten getreten.

Bereits im Frühjahr 1973, noch bevor sich die Bundesregierung entschloß, dem immer heftiger werdenden Preisaufrtrieb durch nachfragedämpfende Maßnahmen entgegenzutreten, machten

sich die ersten Anzeichen der Abschwächung der Inlandsnachfrage nach Personen- und Kombinationskraftwagen bemerkbar.

Im Sog der Inflation war es am inländischen PKW-Markt um die Jahreswende 1972/73 noch einmal zu einem kräftigen Nachfragestoß gekommen, dessen Kraft in den folgenden Monaten jedoch rasch erlahmte. Auch der Bestelleingang aus dem Ausland erreichte im 1. Quartal 1973 seinen Kulminationspunkt, wengleich die Ausfuhr das ganze Jahr über auf einem relativ hohen Stand verharrte.

Im Nutzfahrzeugsektor hatte der Ankündigungseffekt der Investitionssteuer zu Beginn des 2. Quartals 1973 für eine kurzfristige Belebung des Geschäfts gesorgt. Im weiteren Verlauf des Jahres sank jedoch die Nachfrage auch hier deutlich unter die langfristige Trendlinie.

Als im Gefolge des Yom-Kippur-Krieges durch den von den arabischen Staaten verhängten

Ölboykott neue Unsicherheitsmomente in den Markt hineingetragen wurden, war der Abschwung der Automobilnachfrage bereits in vollem Gange. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Sonntagsfahrverbote und drohende Benzinrationierung bewirkten zwar eine momentane Verschärfung der Abwärtsbewegung, blieben jedoch ohne nachhaltigen Einfluß auf den konjunkturellen Trend.

Die Talfahrt der Inlandsnachfrage endete im Frühjahr 1974 auf einem Niveau, das rund ein Drittel niedriger lag als die ein Jahr zuvor erreichten konjunkturellen Spitzenwerte. Saisonbereinigt war der Inlandsabsatz von 220 000 Kraftwagen aller Art im Januar 1973 auf einen Monatsdurchschnitt von 142 000 Einheiten im 1. Quartal 1974 abgesunken. Auf diesem Niveau konsolidierte sich die Nachfrage. Saisonbereinigt lagen die Zulassungen am Jahresende 1974 nur wenig höher als zum Jahresbeginn.

Währenddessen hielt der im Sommer 1973 in Gang gekommene Rückgang der Fahrzeugproduktion auch 1974 das ganze Jahr über an. Wurden Anfang 1973 saisonbereinigt noch monatlich etwa 341 000 Kraftwagen produziert, so erreichte der Ausstoß im Dezember 1974 nur noch 221 000 Einheiten. Bestimmend für den anhaltenden Produktionsrückgang war neben lagerzyklischen Einflüssen vor allem die stark rückläufige Entwicklung der Ausfuhr, die sich im Laufe des Jahres ebenfalls um rund ein Drittel verringert hatte. Die schwache Belegung im Inland vermochte diesen Einbruch auch nicht annähernd auszugleichen.

Die Automobilindustrie trug der veränderten Absatzlage durch die Einführung von Kurzarbeit Rechnung. Mehr als ein Viertel der in diesem Industriezweig Beschäftigten war zeitweise hiervon betroffen. Gleichzeitig wurde mit Hilfe von Abfindungen und durch Nichtersetzen der Fluktuation die Zahl der Beschäftigten im Straßenfahrzeugbau innerhalb eines Jahres von 632 000 (Ende Dezember 1973) auf 584 000 reduziert. Die Zahl der geleisteten Beschäftigtenstunden verminderte sich 1974 von 1113 Mill. auf 1000 Mill. (– 10,2 %).

Bei der Beurteilung der Lage, wie sie sich durch den Nachfragerückgang der vergangenen zwei Jahre für den Automobilsektor ergeben hat, ist freilich zu berücksichtigen, daß sich die stückzahlmäßige Entwicklung der Produktions- und Absatzziffern und die Entwicklung der wertmäßigen Produktionsleistungen dieses Sektors nicht decken. Während die Zahl der hergestellten Kraftwagen 1974 um 21,4 % zurückging, verringerte sich der wertmäßige Output preisbereinigt nur etwa um die Hälfte dieses Prozentsatzes. Die Ursache für diese Diskrepanz liegt einmal in der Verän-

derung der Zusammensetzung der Produktion zugunsten der stückzahlmäßig zwar weniger zu Buche schlagenden, aber einen sehr hohen Stückwert repräsentierenden Schwerlastwagen. Hohe Exportaufträge aus den Ländern des Nahen Ostens ermöglichten es, die Produktion dieser Fahrzeuge entgegen dem allgemeinen Trend sogar geringfügig zu steigern. Zum an-

deren wirkte die insgesamt von der Flaute nur wenig berührte Fertigung von Kraftfahrzeugteilen und Zubehör ausgleichend auf das Produktionsergebnis. Die Wertschöpfung der dem Automobilsektor zuzuordnenden Unternehmen lag daher 1974 nur um etwa 12 % niedriger als im Jahr zuvor.

Auftriebskräfte im Inland

Die konjunkturpolitische Relevanz dieses Produktionsrückganges war gleichwohl beachtlich. Auf das Konto der verringerten Nachfrage nach Erzeugnissen der Automobilindustrie geht fast die Hälfte der konjunkturbedingten Wachstumsverluste, die sich in der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts während der letzten drei Quartale des abgelaufenen Jahres niedergeschlagen haben. Die Frage, wie sich die Absatzperspektiven der Automobilindustrie in den nächsten Monaten gestalten werden, ist daher für den weiteren Konjunkturverlauf von erheblicher Bedeutung. Dabei spielen nicht nur die rein quantitativen Zusammenhänge zwischen dem Produktionsgeschehen in dieser Schlüsselindustrie und der Entwicklung in den von ihr abhängigen Wirtschaftsbereichen eine Rolle. Eine Wiederbelebung der Automobilproduktion hätte darüber hinaus Signalwirkung für das gesamte konjunkturelle Klima in der Bundesrepublik. So erscheint auch die Ungeduld verständlich, mit der in den vergangenen Wochen das Ansteigen der inländischen Verkaufsziffern als erstes Anzeichen eines bevorstehenden Auftrüblings beschworen wurde. Aber ist das Eis tatsächlich schon gebrochen?

Daß sich zum Jahresbeginn nach langen Monaten der Zurückhaltung erstmals wieder Auftriebskräfte am inländischen PKW-Markt durchgesetzt haben, steht außer Zweifel. Die deutlich über das saisonübliche Maß

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Achim Diekmann, 44, Dipl.-Volkswirt, ist seit 1968 Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e. V. Er befaßt sich vorwiegend mit Fragen der Verkehrspolitik.

Dr. Götz Birken-Bertsch, 38, ist Assistent der Hauptgeschäftsführung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten e. V. (VDMA).

Dr. rer. nat. Wolfgang Munde, 46, ist seit 1970 Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e. V.

Dr. Friedrich-Karl Lehmann, 62, ist Vorsitzender des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI).

Hanns van Kann, 48, Dipl.-Kaufmann und Bauingenieur, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V.

hinausgehende Zunahme der Auftragseingänge müßte ausreichen, um den Inlandsabsatz im ersten Quartal 1974 saisonbereinigt um rund ein Viertel über den allerdings sehr niedrigen Stand des Vorjahres ansteigen zu lassen. Dieser Anstieg bleibt selbst dann beachtlich, wenn man davon ausgeht, daß ein Teil der Neuwagenkäufe im Januar und Februar in der Erwartung von Preiserhöhungen getätigt wurde und damit zu Lasten der Verkaufsergebnisse kommender Monate geht. Die schon seit einiger Zeit auf dem Gebrauchtwagenmarkt zu beobachtende Belebung scheint nun auch den Neuwagenabsatz erfaßt zu haben.

Große Unsicherheitsmomente

Ohne Zweifel ist die Zahl der Unsicherheitsmomente, mit denen die weitere Entwicklung der Inlandsnachfrage belastet ist, unverändert hoch. Noch überschatten hohe Arbeitslosenziffern, sinkende Auftragseingänge in den vom Abschwung relativ spät erfaßten Industriezweigen und eine gedrückte Investitionsneigung das konjunkturelle Bild. Andererseits ist trotz Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die den Konsumenten zur Verfügung stehende Kaufkraft in den letzten Monaten weiter gewachsen. Auch spricht einiges dafür, daß die hohen Sparguthaben, die in den letzten Monaten angesammelt wurden, zumindest teilweise für den Kauf langlebiger Konsumgüter eingesetzt werden, sobald erkennbar wird, daß sich die wirtschaftliche Lage nicht weiter verschlechtert. Auf derartige Überlegungen stützen sich offenbar auch Prognosen, die dem inländischen PKW-Markt in diesem Jahr ein Wachstum in der Größenordnung von 10% vorhersagen. Eine derartige Annahme erscheint im Hinblick auf den Bedarf, der sich in den vergangenen zwei Jahren aufgestaut hat, nicht unrealistisch.

Ganz anders und weit weniger günstig sind die Perspektiven des inländischen Nutzkraftwagenabsatzes zu beurteilen. Zwar haben der durch die Investitionszulage gegebene Kaufanreiz und die Erwartung von Preiserhöhungen um die Jahreswende zu einer merklichen Belebung der Nachfrage geführt. Bereits die Auftragseingangsziffern des Monats Februar zeigen jedoch, daß es sich dabei im wesentlichen um vorgezogene Käufe gehandelt haben dürfte. Mit einem erneuten Auftragsstoß dürfte kurz vor dem Auslaufen der Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage, also etwa zur Jahresmitte, zu rechnen sein, ohne daß damit jedoch bereits ein kontinuierlicher Nachfrageanstieg als gesichert anzusehen wäre. Die Haupthindernisse auf dem Wege zu einer dauerhaften Belebung der inländischen Nutzkraftwagennachfrage sind nach wie vor die unbefriedigende Lage im Bausektor, das konjunkturell verringerte Transportvolumen und die in nahezu allen Abnehmerbereichen während der vergangenen Monate eingetretene Verschlechterung der Ertragslage.

Seitenverkehrtes Auslandsgeschäft

Im Auslandsgeschäft der deutschen Automobilindustrie ist das Bild gewissermaßen seitenverkehrt. Unverändert guten Absatzchancen für Nutzkraftwagen der oberen Gewichtsklassen steht weitgehende Unsicherheit in der Beurteilung der Exportaussichten bei Personenkraftwagen gegenüber. Die Halbierung der PKW-Ausfuhr im Januar und Februar dieses Jahres war, so scheint es, ein wenig verheißungsvoller Auftakt für die Entwicklung der nächsten Monate. Tatsächlich ist der Rückschlag, den die deutschen Automobilhersteller seit dem Beginn der weltweiten Abschwächung der Automobilmachfrage erlitten haben, beträchtlich.

Die Zuspitzung der Situation, wie sie die jüngsten Zahlen verdeutlichen, ist nicht nur eine Folge des insgesamt verringerten Absatzvolumens im Ausland, sondern auch das Ergebnis rückläufiger Marktanteile. Der Zangengriff hoher inländischer Kostensteigerungen und veränderter Währungsrelationen hat die deutschen Automobilhersteller in den vergangenen Jahren auf dem Weltmarkt immer stärker in die Defensive gezwungen. Die Schwächung ihrer Wettbewerbsposition wird besonders deutlich am Beispiel des französischen Marktes, wo sich die Marktanteile deutscher PKW binnen Jahresfrist um ein Fünftel reduzierten. Aber auch in anderen wichtigen Abnehmerländern mußten die deutschen Automobilhersteller zurückstehen. Bei gegenüber 1969 unveränderten Marktanteilen in den wichtigsten europäischen Abnehmerländern und den USA hätte die deutsche Automobilindustrie 1974 rund eine halbe Million PKW mehr exportieren können. Der Abschwung wäre dann um einiges glimpflicher verlaufen.

Von der PKW-Ausfuhr ist fast ein Viertel der Wertschöpfung der Automobilindustrie in der Bundesrepublik abhängig. Die Entwicklung dieses Teilmarktes wird darüber entscheiden, ob es in den nächsten Monaten zu einer durchgreifenden Besserung der Automobilproduktion kommt. Für eine vorsichtig optimistische Einschätzung dieser Entwicklung spricht die Erwartung, daß sich die Automobilmachfrage in den USA ebenso wie in den übrigen europäischen Absatzgebieten in den nächsten Monaten wieder fängt, die Absatzentwicklung dort also phasenverschoben dem Marktgeschehen in der Bundesrepublik folgt. Ob es freilich den deutschen Herstellern gelingen wird, ihren derzeitigen Marktanteil im Ausland zu halten, bleibt trotz

Ifo-Instituts von 86,0 % im April 1974 auf 80,5 % im Januar 1975. Das betriebliche Optimum dürfte dagegen bei 88–90 % liegen. Wie in anderen Bereichen der Wirtschaft zuvor suchten nun auch die Maschinenbauunternehmen, durch Personalabbau und andere Rationalisierungs- bzw. Sparmaßnahmen der aus dieser ungünstigen Entwicklung erwachsenen Belastung zu begegnen. Im Dezember 1974 lag die Zahl der Beschäftigten mit 1 150 000 um 2 % unter dem Stand im entsprechenden Vorjahresmonat, die Zahl der Kurzarbeiter stieg sprunghaft an: im Februar 1975 waren es 101 000 gegenüber 47 000 im November 1974.

Anhaltende Investitionsschwäche

Der Inlandsmarkt nahm 1974 Maschinen im Werte von 41,5 Mrd. DM auf, was einem realen Rückgang von 7,6 % entspricht. In dieser unbefriedigenden Entwicklung kommt eine nun schon seit über drei Jahren anhaltende Investitionsschwäche fast sämtlicher Bereiche der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck. Wurde in der Periode von 1960 bis 1970 noch ein durchschnittliches jährliches Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen um 7,4 % verzeichnet, so hat die Investitionstätigkeit seither praktisch stagniert. Daraus resultiert eine Einschränkung des Wachstumsspielraums unserer Wirtschaft, auf die bereits verschiedene Wirtschaftsforscher hingewiesen haben¹⁾. Hier mag die Feststel-

¹⁾ Vgl. z. B. DIW-Wochenbericht Nr. 12/74 und 4/75; JG 74/75, Ziffer 219 ff.

lung genügen, daß die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht 1972 im Rahmen ihrer mittelfristigen Zielprojektion genannte durchschnittliche Wachstumsrate für das Brutto-sozialprodukt von 4,5 % innerhalb dieses Jahrzehnts nicht mehr als erreichbar betrachtet werden kann, weil inzwischen eine Investitionslücke von ca. 100 Mrd. DM klafft. Stagnieren die Investitionen auch in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts, so wird, wie Theodor Brinkmann berechnet hat, die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotentials 1975 bis 1980 höchstens 1,8 bis 2,3 % betragen können²⁾.

Sucht man nach den Ursachen dieser Investitions- und Wachstumsschwäche, so ergibt sich daraus zugleich auch eine Antwort auf die Frage, ob und unter welchen Umständen mit einer Wiederbelebung der Binnenkonjunktur gerechnet werden kann. Es wird deutlich, daß es sich dabei keineswegs um ein ausschließlich konjunkturelles Phänomen handelt, vielmehr wird der Zusammenhang zu grundlegenden Strukturverschiebungen in der deutschen Wirtschaft deutlich.

An erster Stelle muß hier auf die Gewinnverschlechterung hingewiesen werden, durch die sowohl die Investitionsanreize wie auch der erforderliche Finanzierungsspielraum reduziert wurden. Am deutlichsten wird dies aus den Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung der nicht entnommenen Gewinne der Unterneh-

men nach Abzug der direkten Steuern, die 1974 nur noch 0,7 Mrd. DM betragen gegenüber 10,7 Mrd. DM im Vorjahr und 18,7 Mrd. DM im Jahre 1971. Innerhalb der kurzen Periode von 1971 bis 1974 sank der Anteil der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen von 31,7 auf 28,4 %. Hierin finden ohne Zweifel die von den Gewerkschaften in ihrer Tarifpolitik und dem Gesetzgeber in der Steuerpolitik ausgeübten Weichenstellungen in Richtung auf eine Erhöhung der Lohnquote ihren Niederschlag. Ob gewollt oder nicht, damit wurde aber zugleich das Wachstumspotential der Volkswirtschaft empfindlich getroffen.

Andere Faktoren, die in diesem Zusammenhang genannt werden müssen, sind die Tendenz der seit 1967 geführten Globalsteuerungspolitik, Maßnahmen zur Nachfragedämpfung in erster Linie im Investitionsbereich anzusetzen, sowie übertriebene gesellschaftspolitische Forderungen bis hin zur Infragestellung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Weite Kreise der Unternehmerschaft wurden dadurch verunsichert, was nicht ohne negative Konsequenzen für ihr Investitionsverhalten bleiben konnte.

Zweifel am wirtschaftspolitischen Kurs

Der seit einigen Monaten zu beobachtende Kurs der Wirt-

²⁾ Theodor Brinkmann: Wachstums- und Verteilungsspielraum 1975 bis 1980, Köln 1975 (Beiträge des Instituts der deutschen Wirtschaft, Heft 18), S. 33.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

schaftspolitik zielt nicht ohne Grund in Richtung einer Entlastung der Privatwirtschaft. So ist es gelungen, die Steigerungssätze der Tarifabschlüsse spürbar zu drücken. Der den Unternehmen aufgelastete Kostenanstieg bleibt jedoch immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Für den Maschinenbau brachte die letzte Lohnrunde eine Personalkostensteigerung um etwa 9 %. Der befristeten Investitionszulage steht andererseits die im Zuge der Steuerreform eingetretene Erhöhung der Substanzsteuern gegenüber, weshalb es bezweifelt werden muß, daß hier wirklich die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung geschaffen wurden. Die Wirtschaft erwartet insbesondere eine Abkehr von der Besteuerung von inflationsbedingten Scheingewinnen. Auch eine Verbesserung der Möglichkeiten für einen temporären Einkommensausgleich im Steuerrecht — carry back — müßte sich gerade in einer Konjunktursituation wie der jetzigen positiv auf die Investitionsfähigkeit der Unternehmen auswirken.

In der Auftragsentwicklung des Maschinenbaues sind bisher keine Anzeichen für eine Belebung der inländischen Investitionstätigkeit zu erkennen. 1974 lag der Inlandsauftragseingang nominal um 1 und real um 10 % unter dem Vorjahresergebnis. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres pendelte das Inlandsgeschäft um das im letzten Quartal des Vorjahres erreichte Niveau, gegenüber Januar und Februar 1974 ergab sich real ein Rückgang um 6 %. Saisonale Faktoren sowie das Bestreben der Unternehmen, sich durch das Vorziehen von Aufträgen wenigstens für das noch verbleibende Investitionsvolumen die Investitionszulage zu sichern, läßt für die folgenden Monate einen Anstieg der Neuabschlüsse erwarten. Dabei

bleibt es jedoch völlig offen, ob es sich dabei um den erwünschten konjunkturellen Anstoß oder eine Scheinblüte handelt, der nach der Jahresmitte eine erneute Abschwächung des Orderingangs folgt.

Berücksichtigt man die Ertragsituation der Unternehmen und die geringe Auslastung der vorhandenen Kapazitäten in weiten Bereichen der Industrie, so wird man eher zu Skepsis neigen und Zweifel an der Erwartung einer baldigen Umkehr der Investitionsentwicklung anmelden. Vieles spricht dafür, daß beim Ausbleiben weiterer fiskalischer Maßnahmen erst eine Festigung der Verbrauchsgüterkonjunktur größere Bereiche der verarbeitenden Industrie zu einer Ausweitung ihres Produktionsapparates und damit auch des Erwerbs neuer maschineller Ausrüstungen veranlassen kann.

Abkühlung des Exportgeschäftes

Der Maschinenbau konnte 1974 seine Ausfuhr real um 13 % steigern, und der nicht unbeträchtliche Auftragsüberhang dürfte auch für die erste Hälfte des laufenden Jahres eine weitere Aufwärtsentwicklung gewährleisten. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Exportgeschäft sich inzwischen spürbar abgekühlt hat und das Niveau des Auslandsauftragseingangs in den ersten Monaten dieses Jahres deutlich unter dem im vergangenen Herbst erreichten zurückbleibt. In den Monaten Januar und Februar 1975 lag der reale Auftragseingang aus dem Ausland um 10 % unter dem in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Dabei machte sich insbesondere das Ausbleiben von Großaufträgen bemerkbar, die den Geschäftsverlauf zuvor so stark geprägt hatten.

Mehr als die bisher statistisch erkennbaren Schwächetendenzen im Exportgeschäft muß die

Tatsache beunruhigen, daß der Absatz in den großen westlichen Industrieländern aufgrund der schlechten Konjunktorentwicklung, aber auch durch drohende handelspolitische Eingriffe gefährdet erscheint. Das weltweite Abflachen der Investitionstätigkeit hat zugleich die Lieferfähigkeit der ausländischen Konkurrenz verbessert, ja da und dort bereits zu einem Run auf die Drittmärkte geführt, so daß die Konkurrenzsituation erheblich verschärft wurde. Dabei wirkt sich die neuerliche Aufwertungs-tendenz für die DM erschwerend aus, zumal die Bedeutung des Preises als Wettbewerbsfaktor auf schwachen Märkten erfahrungsgemäß zunimmt. Der Maschinenbau der Bundesrepublik dürfte ohnehin noch nicht alle Folgen der durch die Wechselkursveränderungen der letzten Jahre herbeigeführten Umkehr der internationalen Kostenrelationen bewältigt haben.

Auch wenn hier auf eine detaillierte Analyse der Exportmärkte verzichtet wird, dürfte deutlich geworden sein, daß die Ausfuhr für den Maschinenbau 1975 nicht die gleiche Rolle als Beschäftigungsstabilisator spielen kann, die sie im Vorjahr erfreulicherweise ausgefüllt hat. Damals stand einem Absatzrückgang im Inland eine lebhaftere Exportkonjunktur gegenüber, so daß per Saldo noch ein bescheidenes Plus in der Produktion erzielt werden konnte. Auch wenn ein scharfer Einbruch im Export bisher nicht zu befürchten ist und die in den großen Industrieländern, so auch den USA, eingeleiteten Konjunkturbelebungsprogramme eine allmähliche Überwindung der rezessiven Kräfte in der Weltwirtschaft erwarten lassen, muß für die zweite Jahreshälfte mit Stagnation oder einem leichten Rückgang gerechnet werden. Damit steht aber fest, daß nur eine anhaltende Belebung des Inlandsabsatzes die Beschäftigungssituation des Maschinenbaues stabilisieren kann.

Wolfgang Munde

Chemie: Im Grundsatz optimistisch

Das Jahr 1974 hatte der viele Jahre an stabile Preise und regelmäßige Zuwachsraten gewohnten chemischen Industrie einen völlig neuen Trend gebracht: Stürmischen Preisauftrieb infolge einer beispiellosen Kostenexplosion bei stagnierender Produktion. Am Jahresende sah sich die Chemie an der Spitze der umsatzstärksten Industrien vor Maschinenbau und Elektroindustrie; aber das war alles andere als ein Erfolgserlebnis.

Bei einer Umsatzausweitung um etwa 30 % gegenüber 1973 auf 83,5 Mrd. DM blieb die Produktionsmenge 1974 praktisch unverändert. Nachdem in den ersten drei Quartalen nur einzelne Sparten betroffen worden waren, dehnten sich die rezessiven Erscheinungen gegen das Jahresende fast auf die ganze Chemie aus. Nur bei Agrarchemikalien – also Pflanzenschutz- und Düngemitteln – war infolge einer weltweit gestiegenen Verknappung noch eine zunehmende Nachfrage zu verzeichnen. Daneben konnten nur noch Arzneimittel – traditionell wenig konjunkturrempfindlich – eine befriedigende Position behaupten.

Diese Entwicklung hat sich im Jahr 1975 fortgesetzt. Der Januar brachte einen wertmäßigen Umsatzrückgang um über zweieinhalb Prozent gegenüber dem Januar 1974. Mengenmäßig entsprach dem ein Minus von 15 %. Der Februar war noch schlechter: Die Umsätze lagen um fast 8 % niedriger als im Jahr davor. Auch Anfang April – bei Redak-

tionsschluß – zeichnete sich noch keine eindeutige Umkehr dieses Trends ab, der sich weiterhin, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, quer durch den ganzen Chemiebereich zog. Besonders hart blieben Chemiefasern, Kunststoffe sowie Farben und Lacke betroffen.

1974 hatte der Chemie-Export überproportional um 50 % zugenommen. Damit erreichte die chemische Industrie 1974 eine Rekord-Exportquote von 45 %. Die Entwicklung am Anfang dieses Jahres verlief umgekehrt. Während das Inlandsgeschäft im Januar nur um etwa 1,4 % zurückging, nahm der Export um fast viereinhalb Prozent ab. Im Februar ging dann der Inlandsumsatz um 4 bis 5 % zurück, der Export sogar um 10 bis 11 %.

Die Chemie ist aber auf ein gutes und kontinuierlich wachsendes Exportgeschäft angewiesen, wenn sie ihre Kapazitäten im erforderlichen Umfang auslasten und die Arbeitsplätze ihrer etwa 600 000 Mitarbeiter erhalten will. Der deutsche Markt wird selbst bei bester Binnenkonjunktur nie einen wesentlich größeren Anteil der einheimischen Chemieproduktion aufnehmen können als in den vergangenen Jahren.

Rückläufiger Exporttrend

Selbst wenn also die prognostizierte Belebung in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 im Inland einsetzen sollte, wird sie nicht ausreichen, um den Rückstand auszugleichen, der jetzt schon klar zu erkennen ist. Wie

das Ergebnis am Ende dieses Jahres für die chemische Industrie aussehen wird, hängt deshalb überwiegend davon ab, ob es gelingt, den rückläufigen Trend beim Export aufzufangen. Das legt die Frage nahe, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit das Auslandsgeschäft der deutschen Chemie sich gesund weiter entwickeln kann.

Eine weltweit gute Konjunktur ist die wichtigste Grundlage eines florierenden internationalen Geschäfts. In dem Abflauen ihrer Exporte Anfang des Jahres sieht die Chemie Auswirkungen der zur Zeit in vielen Ländern in unterschiedlichem Maß abflachenden Konjunktur. Die deutsche Chemie setzt ihre Hoffnung auf eine gewisse Stabilisierung der internationalen wirtschaftlichen Situation.

Die Chemie der Bundesrepublik lebt im Vergleich zu ihrer Konkurrenz in anderen Ländern noch immer mit einer relativ niedrigen Inflationsrate. Sie ist dringend daran interessiert, daß dies so bleibt, weil es ihr erlaubt, im internationalen Wettbewerb mit günstigen Preisen anzutreten. Die Chemie unterstützt deshalb eine Stabilitätspolitik, die der langfristigen Erhaltung des Geldwertes Vorrang einräumt. Natürlich hält die chemische Industrie – die selbst im Februar etwa 20 000 Arbeitslose und 35 000 Kurzarbeiter zählte – auch eine Senkung der Arbeitslosenzahl für vordringlich. Eine solide Stabilitätspolitik auf der ganzen Linie dürfte jedoch sicherer zu diesem Ziel führen

als einseitige Arbeitsbeschaffungsprogramme.

Auch andere Länder, wie Frankreich und Italien, bekämpfen die Inflation neuerdings energischer. Das erschwert den deutschen Export und fördert den Importdruck. Aber auf die Dauer können wir von größerer Stabilität in unseren Partnerländern nur profitieren. Wir sollten deshalb kurzfristige Besorgnisse hinter langfristige wirtschaftliche Überlegungen zurücktreten lassen.

Hohe Arbeitskosten

Ein weiterer wichtiger Faktor des Auslandsgeschäfts sind die Währungsverhältnisse. Zweifellos ist unsere Mark dem Dollar gegenüber zu hoch bewertet. Die Auswirkungen dieser Tatsache auf den Außenhandel sind evident.

Eine andere, weniger bekannte Tatsache sei hier ebenfalls erwähnt: Die Arbeitskosten in der chemischen Industrie der Bundesrepublik liegen heute über denen der USA. Zwar sind die amerikanischen Nominallöhne immer noch höher als in der Bundesrepublik. Aber die amerikanische Chemie hat auf umgerechnet je 100 DM Lohn nur 26 DM Lohnnebenkosten zu verkraften, während unsere Unternehmen rund 65 DM aufbringen müssen. Noch ungünstiger ist das Verhältnis im Vergleich zu allen wichtigen europäischen Industrieländern.

Nicht zuletzt auch aus diesem Grund gewinnen die Auslandsinvestitionen der chemischen Industrie zunehmend an Bedeutung. Deutsche Unternehmen investierten 1974 rund 4,5 Mrd. DM im Ausland. Die chemische Industrie bestritt mit knapp 1 Mrd. den weitaus größten Anteil. Dabei kann man nicht etwa vom Export von Arbeitsplätzen sprechen. Derartige Investitionen im Ausland dienen lediglich der sinnvollen Ergänzung und damit letztlich der Stabilisierung

der exportorientierten Inlandsproduktion. Sie tragen auch der verbreiteten Meinung Rechnung, daß die Exportquote der deutschen Industrie noch wesentlich größer werden sollte. Der deutsche Nachholbedarf in dieser Hinsicht ist bekanntlich groß – nicht nur gegenüber den USA.

Während der EG-Raum heute fast die Hälfte der deutschen Chemieexporte aufnimmt, gehen nur etwa 6% in den Ostblock und wenig mehr als 3% in die OPEC-Länder. Große Zuwachsraten hat die Chemie weder hier noch dort zu erwarten. Im Ostgeschäft läßt das Problem der bilateralen Kompensation einen Warenaustausch in dem beiderseits erwünschten Umfang nicht zustande kommen. Die OPEC-Länder verfügen zwar über genügend harte Währungen. Aber die Märkte sind in Anbetracht der verhältnismäßig niedrigen Bevölkerungszahlen nicht eben groß.

Handelspolitische Voraussetzungen

Schließlich hängt das Auslandsgeschäft auch von den handelspolitischen Voraussetzungen ab. Auf diesem Gebiet ist die deutsche Chemie seit vielen Jahrzehnten außerordentlich aktiv – und zwar schon immer im Sinn einer möglichst großen Freizügigkeit. In diesem Sinn beobachtet sie auch den Beginn der neuen GATT-Runde.

Von besonderer Bedeutung für die chemische Industrie ist nach wie vor die Frage der Energie- und Rohstoffversorgung. Insbesondere Erdöl und Erdgas sind für wichtige chemische Prozesse zugleich Energieträger und Rohstoff. 1974 setzte die deutsche Chemie etwa 17,5 Mill. Tonnen Öl und Erdgas als Rohstoff zur chemischen Umwandlung ein. Im selben Zeitraum verbrauchte sie neben erheblichen Mengen Kohle rund 7,5 Mill. Tonnen Erdöl und Erdgas als Energieträger, vor allem um Strom und Dampf

zu erzeugen. Auch andere Rohstoffe, etwa Phosphate oder pflanzliche Öle und Fette, spielen in der Chemie eine wichtige Rolle. Die Chemie sieht sich nun mehr und mehr von mächtigen Kartellen umgeben, die nicht nur bei Erdöl und Erdgas, sondern auch bei anderen Rohstoffen, wie beispielsweise den Phosphaten, ihre Preisvorstellungen durchzusetzen verstehen. Die Chemie begrüßt deshalb, daß 18 Verbraucherländer das Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm unterzeichnet haben.

Zur Klärung der notwendigen Voraussetzungen für eine nachhaltige Belebung der Chemiekonjunktur gehört ein Blick auf die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik. Die Chemie hat die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im großen und ganzen als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet, obwohl sie selbst von diesem Programm nicht allzuviel zu erwarten hat. Die Investitionszulage ist bekanntlich auf sieben Monate befristet. Heute vergehen aber von der Investitionsentscheidung bis zum Baubeginn bei größeren Chemieanlagen zwei bis drei Jahre. So lange dauert in der Regel das „Behörden-Engineering“, wie das Genehmigungsverfahren neuerdings gern bezeichnet wird.

Die Frage, ob die „Talfahrt“ beendet sei, läßt sich für die Chemie zu diesem Zeitpunkt nicht mit letzter Sicherheit beantworten – sie hofft es. Wenn die Chemie langfristig grundsätzlich optimistisch ist, liegt das letztlich an dem Vertrauen in die eigenen Produkte und in die Forschungsintensität, die eine hohe Innovationsrate sichert. Dazu kommt die Gewißheit, daß die Welt einen ständig wachsenden Bedarf an Lebensqualität hat, zu dessen Befriedigung keine andere Industrie in gleichem Maß befähigt und aufgerufen ist wie die Chemie.

Friedrich-Karl Lehmann

Elektroindustrie: Keine wesentliche Änderung

Die Elektroindustrie ist später als andere Industriezweige im letzten Vierteljahr 1974 in eine rezessive Entwicklung gekommen. Der konjunkturelle Rückgang war demgemäß in den letzten Monaten um so stärker. Am deutlichsten zeigt sich der Konjunkturreinbruch in den Monatswerten der Produktion um die Jahreswende. Der Rückgang erreichte nahezu 15%. In keinem Zeitraum der letzten 25 Jahre ist es zu einem so scharfen Produktionsabschwung gekommen. Auch die Auftragseingänge zeigten die gleiche Verlaufsrichtung. Bereits seit über einem Jahr sind die Inlandsauftragseingänge in einer Größenordnung von etwa 3–5% real zurückgegangen. Demgegenüber waren die Auftragsaufträge aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt um über 20% angestiegen. Aber auch hier kam es zum Jahresende 1974 und zum Jahresanfang 1975 zu einer erheblichen Verschlechterung der Auftragslage.

Unerfreuliches Zahlenbild

Diese rezessive Entwicklung erfaßte nahezu alle Bereiche der elektrotechnischen Produktion. Gleichwohl kam es dabei zu Differenzierungen innerhalb der wichtigsten Erzeugnisgruppen. Während die Investitionsgüteraufträge aus dem Ausland noch überdurchschnittlich zunahmen, waren die Inlandsinvestitionsgüteraufträge rückläufig, und bei den Elektro-Gebrauchsgütern kam es zu einer Stagnation. Zu Sonderbewegungen kam es bei

den nachrichtentechnischen Geräten insbesondere im sog. Postgeschäft, wo die Geschäftsentwicklung drastisch unterhalb der Erwartungen geblieben ist. Auch bei den Bauelementen der Elektronik kam es zu einer Verstärkung der ohnehin erheblichen zyklischen Schwankungen. Das Geschäftsvolumen dieses Sektors sank um mehr als 20%.

An diesem unerfreulichen Zahlenbild hat sich zu Jahresanfang statistisch noch nichts wesentlich verändert. Eine gewisse Belebung der Inlandsinvestitionsgüternachfrage läßt sich zwar feststellen; sie kann aber auch bedingt sein durch die Auftragszurückhaltung in den Monaten November/Dezember 1974, und zwar im Hinblick auf das damals allgemein erwartete Konjunkturprogramm.

Die Erwartungen einer Geschäftsbesserung in der ersten Jahreshälfte werden durch die Zahlen bisher allerdings noch nicht bestätigt. Die Anfang März stattgefundenen Elektro-Gebrauchsgütermesse läßt allenfalls eine Stabilisierung der gegenwärtigen Lage erwarten, und die Auftragseingänge aus dem Ausland verharren auf dem niedrigen Niveau, das sie um die Jahreswende erreicht hatten.

Dieser insgesamt ungünstigen Konstellation stehen jedoch relativ positive Erklärungen einiger Elektronunternehmen entgegen. Diese Unternehmen erwarten vor allem in der zweiten Jahreshälfte eine Konjunkturbelebung. Es gibt eine Reihe von Gründen,

die diese Erwartungen stützen. So hat die Zinspolitik der Bundesbank sicherlich positive Einflüsse auf die Lagerhaltung im Abnehmerbereich. Das Defizit der öffentlichen Hände von über 50 Mrd. DM wird sich im weiteren Jahresverlauf geschäftsanregend auswirken. Das gleiche gilt für die steuerlichen Neuregelungen zum Jahresanfang. Auch das Konjunkturprogramm der Bundesregierung dürfte zu einer verbesserten Geschäftslage in der zweiten Jahreshälfte beitragen. Die Befürchtungen, daß durch die Investitionsprämie lediglich ohnehin geplante Investitionen vorgezogen werden, sind unter konjunkturellem Aspekt nicht berechtigt. Auch vorgezogene Investitionen können in der gegenwärtigen Lage positive konjunkturelle Auswirkungen haben. Die Elektroindustrie hat bedauert, daß die Bundesregierung sich nicht zu einer stärkeren Ausweitung der öffentlichen Investitionen entschließen konnte, zumal die Dämpfungspolitik der vorangegangenen Jahre im Infrastrukturbereich negative Auswirkungen hatte.

Kostenüberhang vom Vorjahr

Die nach wie vor ertrags- und investitionsbelastende Kostenentwicklung stellt in der Elektroindustrie das eigentliche Problem dar. Der Tarifabschluß mit einer Erhöhung um 6,8% hat durch den Überhang aus dem Vorjahr und durch regional unterschiedliche Auswirkungen von Manteltarifvereinbarungen eine Gesamtkostenbelastung von 10

bis 11 % je Arbeitsstunde ausgelöst. Auch für den Fall, daß es im Jahresverlauf zu einer wesentlich stärkeren Auslastung der Produktionsanlagen kommt, dürfte der Produktivitätsanstieg bei weitem nicht ausreichen, um die Lohnstückkostenbelastung zu kompensieren. Es wird daher weiterhin mit einem Anstieg der Erzeugerpreise oder mit weiterhin rückläufiger Beschäftigung gerechnet werden müssen. Die Elektroindustrie hat im Jahr 1974 ihre Erzeugerpreise im Durchschnitt um 7,3 % erhöht. Diese Steigerungsrate entsprach etwa der Hälfte des gesamtindustriellen Anstiegs der Erzeugerpreise. Bereits aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich der Kostenüberhang des Vorjahres, der weiterhin die Kalkulation, die Er-

tragslage und die Investitionsneigung belastet.

In der gegenwärtigen Lage ist für die Elektroindustrie wie auch für die übrige Industrie eine spürbare Erhöhung der Nachfrage erforderlich, der keine Kostenerhöhung vorangegangen ist. Die Aussichten dafür, daß es dazu kommt, sind angesichts der erwähnten Bedingungen für die zweite Jahreshälfte, aber auch bei dem temporär sehr hohen Stand der privaten Ersparnisse nicht von vornherein schlecht. Die deutsche Elektroindustrie war in der gesamten Nachkriegszeit eine typische Wachstumsindustrie. Diese Eigenschaft äußerte sich in einer im Durchschnitt um etwa 2 Prozentpunkte höheren Wachstumsrate gegenüber der gesamtindustriellen

Produktion. Für den Fall, daß es ihr gelingt, auch in diesem Jahr ihre relative Position zu behaupten, würde eine Produktions-erhöhung im Jahr 1975 in der Größenordnung von real etwa 2,5 % möglich sein.

Wenn sich diese Erwartung jedoch erfüllen soll, müßte es sehr bald, spätestens anlässlich der Hannover-Messe in der zweiten Aprilhälfte, zu einer Auftragsbelegung auf breiter Front kommen. Die reale Produktionszunahme des 2. Halbjahres müßte auf etwa 8 % steigen, wenn dieser längerfristige Durchschnittswert des Abstands der Elektroproduktion zur übrigen Produktion auch im Jahr 1975 erreicht werden soll. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es dazu kommen wird.

Hanns van Kann

Bauindustrie: Ungünstige Aussichten

Um 18 % hat bisher das Bauhauptgewerbe im Zusammenhang mit der gegenwärtigen bauwirtschaftlichen Rezession seinen Beschäftigtenstand abgebaut. Von Ende Dezember 1972 bis Ende Dezember 1974 – das ist die letzte Zahl – verringerte sich die Beschäftigtenzahl um 254 000 Personen. Das sind 18 %.

Dieser Abbau begann im zweiten Halbjahr 1973. Zunächst wurde die Zahl der Helfer und Hilfsarbeiter verringert, dann folgten 1974 die Facharbeiter, und im weiteren Verlauf des Jahres 1974 wurde dann auch die Angestelltenzahl reduziert.

Die Baumaschinenbestellungen gingen in dieser Zeit auf die

Hälfte zurück. Bei Hochbaumaschinen – also insbesondere den Turmdrehkränen – war der Rückgang noch größer. Der Baumaschinenbestand ist von 1973 auf 1974 um 5 % zurückgegangen. Das zeigt, daß die Gerätekapazitäten weitaus weniger verringert wurden als die personellen Kapazitäten. Baumaschinen können nicht entlassen werden. Sie stehen auf den Bauhöfen herum und belasten die Firmen mit Kosten.

Weiterer Abbau der Beschäftigtenzahl

Am Beginn des Jahres 1975 stellt sich nun die Frage, ob dieser Prozeß des Kapazitätsabbaues beendet ist oder ob

noch eine weitere Schrumpfung bevorsteht.

Eine sehr einfache Berechnung ergibt, daß der Abbau der Beschäftigtenzahl noch nicht zu Ende ist, daß insoweit die Tal-fahrt noch nicht beendet ist: 1973 gingen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nach Abzug der Preissteigerungen um rd. 6 % zurück, die Produktion aber nur um 3 %. 1974 verringerte sich der Auftragseingang insgesamt um 14 %. Die Produktion schrumpfte aber „nur“ um 7 %, d. h. daß das Produktionsniveau im Verhältnis zum Auftragsvolumen in den beiden vergangenen Jahren zu groß war. Die Auftragsbestände sind entsprechend stark zurückgegangen. Sie liegen nach den Feststellun-

gen des Ifo-Instituts im Gesamtdurchschnitt jetzt bei 2,0 Monaten gegenüber gut 3 Monaten in normalen Zeiten. Wenn es aber so sehr an Auftragsvolumen mangelt, muß 1975 die Bauproduktion noch zurückgehen.

Das ist die eine Betrachtungsweise.

Die Situation kann aber auch im einzelnen analysiert werden. Dann kommt man zum gleichen Ergebnis.

Im Wohnungsbau wurden 1973 713 000 Wohnungen fertiggestellt. 1974 wurde aber nur noch für 417 000 Wohnungen eine Baugenehmigung erteilt, wobei die Zahl der Baugenehmigungen 1975 noch unter diese Zahl zurückgehen dürfte. Die Wohnungsbaunachfrage hat sich also fast halbiert.

Änderung der Bedarfsstruktur

Sicher, die Wohnungsbaukonjunktur wies infolge der inflationären Entwicklung ungesunde Züge auf. Der § 7 b hätte beispielsweise schon viel früher ausgesetzt werden sollen. Jetzt sind die Wohnungsbaukosten inzwischen so hoch und die Kauflust der Bevölkerung bei Eigentumswohnungen so gering, ebenso wie die Bereitschaft, noch mehr für Mieten auszugeben, daß auf absehbare Zeit eine Belebung im Wohnungsbau nicht zu erwarten ist. Abgesehen davon hat sich die Bedarfsstruktur erheblich verändert. Eine Halde von 200 000 Wohnungen drückt auf den Markt, eine Halde, die sich im Lauf dieses Jahres wegen der ständig noch neu fertig werdenden Wohnungen weiter erhöhen wird. Ob und wann die Zinssenkung sich im Wohnungsbau belebend bemerkbar machen wird, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, daß eine Reaktion hier immer erst sehr spät eintritt. So sind also im Wohnungsbau die Aussichten derzeit und wohl noch für längere Zeit ungünstig.

Im Wirtschaftsbau sind die Aufträge im vergangenen Jahr sehr stark zurückgegangen. Die Wirtschaft hält mit Investitionen zurück. Am frühesten eingeschränkt werden dabei immer die Bauplanungen. Umgekehrt ist anzunehmen, daß die Wirtschaft, wenn sich die Konjunkturlage wieder bessert, zuerst Maschinen und Ausrüstungen anschafft und erst dann Bauten. Deshalb ist auch von der Investitionszulage von 7,5 % keine spürbare Belebung der Bauplanungen zu erwarten. Im Gegenteil ist zu befürchten, daß sie in die Steuereinnahmen des nächsten und übernächsten Jahres ein großes Loch reißt und die Investitionsetats der öffentlichen Hand beeinträchtigt.

Die schwierige weltwirtschaftliche Lage – vor allem die starke Rezession in den USA – drückt zusätzlich auf die Investitionsbereitschaft der Industrie, die im übrigen noch immer durch politische Aktionen verunsichert ist, insbesondere durch die Mitbestimmungspläne und die bedrückende Aussicht auf explosionsartig weiter steigende finanzielle Belastungen durch Steuern, Sozialabgaben und sonstige Auflagen.

Rückgang der öffentlichen Investitionen

Nicht weniger besorgniserregend ist die öffentliche Investitionstätigkeit. Es trifft zu, daß nach dreijährigem ununterbrochenem Rückgang der öffentlichen Investitionen 1974 eine bescheidene Zunahme zu verzeichnen war. Sie reichte aber bei weitem nicht aus, um den übermäßigen Rückgang in den anderen Bausparten aufzuhalten.

Dies wird auch 1975 so sein. Im gesamten zweiten Halbjahr 1974 gingen im Bauhauptgewerbe öffentliche Aufträge im Wert von 12,6 Mrd. DM ein. Das war 1 Mrd. bzw. 9 % mehr als im

zweiten Halbjahr 1973. Diese 1 Mrd. ist aber sehr wenig. Sie wird zum Großteil benötigt, um die Kostenverteuerungen etwa im Straßenbau (Bitumen verteuerte sich um 100 %) aufzufangen. Aufgrund des ersten Konjunkturprogramms vom Februar 1974 und des zweiten Programms vom September hätten außerdem die Aufträge viel stärker ansteigen müssen. Offensichtlich haben also diese Konjunkturprogramme nur in geringem Umfang *zusätzlich* gewirkt. Noch bedenklicher ist ein anderer Gesichtspunkt: Es könnte sein, daß es sich bei diesem ohnehin minimalen Auftragsanstieg im öffentlichen Bereich nur um vorgezogene Objekte handelt. Diese fehlen dann im zweiten Halbjahr 1975.

Kein Grund zum Optimismus

Insgesamt ist die finanzwirtschaftliche Situation der öffentlichen Hand sehr schwierig, vor allem im kommunalen Bereich – ein Sachverhalt, den die Bundesregierung offenbar im Jahreswirtschaftsbericht nicht berücksichtigt hat.

Die Städte wollten ursprünglich 1975 3 % mehr investieren als 1974. Real entspricht dies bereits einem Rückgang der Bauaufträge. Noch schlimmer aber ist, daß die Gemeinden immer mehr beginnen, ihre Investitionsplanungen zu kürzen. Weil sich ihre Steuereinnahmen verschlechtern, bleibt den Gemeinden nichts anderes übrig, als auch solche Bauvorhaben zurückzustellen, die bereits in den Haushaltsplänen enthalten waren. Die Gemeinden handeln also wieder einmal prozyklisch. Die Gemeinden bestreiten aber 60 % der öffentlichen Investitionen.

Somit ist auch im öffentlichen Bereich für 1975 kein Grund zum Optimismus gegeben. Die Talfahrt der Bauwirtschaft scheint noch nicht beendet zu sein.